



Luzern, 27. Oktober 2017

SAB-Medienmitteilung Nr. 1142

Medienvielfalt in Bergregionen bedroht

Die Volksinitiative „No-Billag“ bedroht die Medienvielfalt gerade in den Berggebieten. Dies kam an einer heute in Luzern durchgeführten Tagung deutlich zur Geltung. Die Tagung wurde von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete in Zusammenarbeit mit verschiedenen Medienverbänden organisiert.

Hart umkämpfter Markt

Die regionalen Printmedien müssen sich in einem zunehmend schwierigen wirtschaftlichen Umfeld behaupten. Wie schwierig das Umfeld ist, illustrierte an der Tagung Gilbert A. Bühler, CEO der Freiburger Nachrichten AG. Die Leserzahlen sind rückläufig, der Werbemarkt schrumpft und auf der anderen Seite steigen die Kosten für Personal und Druck. Auch die Zustellbedingungen der Post haben sich in den letzten Jahren verschlechtert. Folge ist ein fortschreitender Konzentrationsprozess bei den Printmedien. Dabei haben die regionalen Medien durchaus eine sehr grosse Bedeutung für den medialen Service public und die Medienvielfalt. Prof. Dr. Mark Eisenegger, Präsident des Forschungsinstituts für Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich betonte an der Tagung, wie wichtig die regionalen Medien für die regionale Identität sind. Die regionalen Medien stellen quasi die Grundversorgung in den entsprechenden Verbreitungsgebieten mit Nachrichten aus der jeweiligen Region sicher. Die Stärke der regionalen Medien liegt insbesondere in der exklusiven Regionalberichterstattung, z.B. über die Debatten in den Kantonsparlamenten und über Ereignisse in den Gemeinden. Basierend auf einer aktuellen Forschungsarbeit konnte Prof. Eisenegger aufzeigen, dass die in den Berggebieten die regionalen Medien eine sehr hohe Bedeutung haben. Dies im Gegensatz zu den städtischen Gebieten, in denen Gratiszeitungen und Online-Dienste wie Facebook und Youtube eine deutlich höhere Bedeutung haben.

Regionaler und nationaler Service public

Auch die 34 regionalen Radio- und Fernsehsender tragen in den Regionen wesentlich zur Medienvielfalt bei. Sie können beispielsweise auch in Krisenzeiten eine wichtige Funktion einnehmen, wie Matthias Bärenfaller, Geschäftsführer von Radio Rottu an der Tagung eindrücklich aufzeigte. Er rief dabei die sehr emotionalen Bilder aus dem Jahr 2000 in Erinnerung, als die Walliser Gemeinde Gondo von einem massiven Murgang zerstört wurde und von der Aussenwelt abgeschnitten war. „Beim Senden in ausserordentlichen Lagen wird ein Bergradio zum Primärmedium. Es steht Krisenstäben und Einsatzkommandos als Führungsinstrument zur Verfügung und hilft aktiv mit, Leben zu retten.“ Die regionalen Medien tragen aber zum Beispiel auch zur Ausbildung der Medienschaffenden bei, starten doch viele ihre

Karriere in einem regionalen Medienunternehmen. Die SRG stellt demgegenüber die nationale Klammer für den medialen Service public dar. So gibt die SRG beispielsweise auch der schweizerischen und regionalen Volkskultur eine nationale Bühne. Nationale und internationale Sportevents in allen Regionen wie das Lauberhornrennen und die Basel Indoors werden von der SRG audiovisuell begleitet. Die SRG erbringt auch besondere Leistungen für sinnesbehinderte Personen. Der Verwaltungsratspräsident der SRG, Jean-Michel Cina betonte denn auch an der Tagung, dass bei einer Annahme der Volksinitiative No Billag niemand mehr diese Aufgabe als nationale Klammer für den medialen Service public wahrnehmen würde. „Wir gehören der Gemeinschaft Schweiz und erbringen mediale Dienstleistungen für unser Publikum und für die Zivilgesellschaft. Wenn es uns nicht mehr gibt, dann wird im audiovisuellen Bereich überhaupt niemand mehr diese Aufgabe erfüllen.“ So Jean-Michel Cina an der Tagung.

Meinungsvielfalt ermöglichen dank Kooperationen

Die Teilnehmer der anschliessenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Fabian Fellmann, Leiter Bundeshausredaktion NZZ Regionalmedien waren sich einig, dass die Medienvielfalt aufrecht erhalten werden muss. Sie trägt entscheidend zur Meinungsbildung der Bevölkerung beispielsweise bei Abstimmungen bei. Die Podiumsteilnehmer waren sich zudem einig, dass zwischen den verschiedenen Medien ein stärkerer Dialog stattfinden muss. Ein möglicher Ansatz dazu ist der sogenannte Shared Content, wie Nationalrätin Edith Graf-Litscher anführte. Jean-Michel Cina als Verwaltungsratspräsident zeigte diesbezüglich Dialogbereitschaft für den Zugang zu aktuellen und archivierten audiovisuellen Inhalten der SRG. André Moesch vom Verband Telesuisse hielt dem entgegen, dass die regionalen Medien vor allem auf regional produzierte Inhalte mit direktem Bezug zu den Regionen setzen. Nationalrat Albert Vitali wies darauf hin, dass das eidgenössische Parlament eine Lösung gefunden habe für den Shared Content. Es liegt nun am unternehmerischen Entscheid der Medienhäuser, ob sie dieses Angebot nehmen wollen oder nicht. Gilbert A. Bühler von den Freiburger Nachrichten wies auf dem Podium nochmals darauf hin, dass politischer Handlungsbedarf für die Printmedien insbesondere bei der Vertriebsförderung und somit einerseits bei der indirekten Presseförderung und andererseits bei den Zustellbedingungen bei der Post liegen.

No Billag bedeutet das Ende der Medienvielfalt

Nationalrat Thomas Egger zog als Tagungsleiter das Fazit: No-Billag würde den Tod der 34 regionalen Radio- und Fernsehsender bedeuten. Denn diese Sender sind existentiell auf ihre Anteile aus dem Gebührenertrag angewiesen. Würde dieser Anteil wegfallen, müssten die meisten der regionalen Radio- und Fernsehsender ihren Betrieb einstellen. Denn die wegfallenden Einnahmen könnten nicht durch zusätzliche Einnahmen aus dem ohnehin stark schrumpfenden Werbemarkt kompensiert werden. Dadurch würde eine massive Abnahme der Medienvielfalt gerade in den Bergregionen resultieren. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB engagiert sich deshalb entschieden gegen die Volksinitiative, welche am 4. März 2018 zur Abstimmung gelangt. Aus den gleichen Überlegungen heraus setzt sich die SAB auch für die Weiterführung der indirekten Presseförderung für die Printmedien ein.

Weitere Informationen

Thomas Egger, Nationalrat und Direktor Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB, Tel. 079 429 12 55